

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

51. Ministerrat

15. März 2023

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Februar d.J., mit dem ein Beschluss vom 22. Februar 2023 betreffend „Rasche und zielgerichtete Entlastung der Bevölkerung in Folge der Energiekrise“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Februar d.J., mit dem ein Beschluss vom 22. Februar 2023 betreffend „Wo bleiben die Klimaziele“ vorgelegt wird.
3. Schreiben der Präsidualabteilung der Stadt Graz vom 2. März 2023, mit dem ein Beschluss vom 16. Februar 2023 betreffend „Unterstützung beim Wiederaufbau der vom Erdbeben in der Türkei und Syrien betroffenen Regionen“ vorgelegt wird.
4. Schreiben der Präsidualabteilung der Stadt Graz vom 2. März 2023, mit dem ein Beschluss vom 16. Februar 2023 betreffend „Ausbildungsbeitrag für Hebammen“ vorgelegt wird.
5. Schreiben des Bürgermeisters von Auerbach vom 28. Februar 2023, mit dem eine Resolution betreffend „Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel, die Insekten enthalten“ vorgelegt wird.
6. Schreiben des Bürgermeisters von St. Martin an der Raab vom 6. März 2023, mit dem eine Resolution vom 24. Februar 2023 betreffend „Energiebremse für Gemeinden rasch umsetzen“ vorgelegt wird.
7. E 304-NR/XXVII.GP vom 1. März 2023 betreffend „psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärken“ (Wortlaut siehe Beilage).
8. E 305-NR/XXVII.GP vom 1. März 2023 betreffend „Präventionsauftrag im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz“ (Wortlaut siehe Beilage).
9. E 306-NR/XXVII.GP vom 1. März 2023 betreffend „Fokus: Stärkung von älteren Frauen“ (Wortlaut siehe Beilage).
10. E 307-NR/XXVII.GP vom 2. März 2023 betreffend „gesetzlich verpflichtende Wirkungsfolgenabschätzung von Gesetzesvorhaben auf die von Österreich umzusetzenden nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen“ (Wortlaut siehe Beilage).
11. E 308-NR/XXVII.GP vom 2. März 2023 betreffend „Spending Reviews im Bundeshaushaltsgesetz verankern“ (Wortlaut siehe Beilage).
12. E 309-NR/XXVII.GP vom 2. März 2023 betreffend „Spending Review Schulgesundheit“ (Wortlaut siehe Beilage).

Entschließung

des Nationalrates vom 1. März 2023

betreffend psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärken

Die Bundesregierung wird ersucht, die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen weiter in den Fokus zu rücken, psychosoziale Versorgung sicherzustellen und Projekte wie „Gesund aus der Krise“ kontinuierlich zu evaluieren, weiterzuentwickeln und nachhaltig zu etablieren. Weiters soll Bewusstseinsarbeit zum Thema „psychische Gesundheit“ in Schulen und in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit gestärkt werden.

Zur Erweiterung des niederschweligen psychologischen Betreuungsangebotes wird die Bundesregierung und im Besonderen der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz zudem ersucht, die gesetzliche Grundlage zu schaffen und das ASVG dahingehend zu novellieren, dass auch Behandlungen von Klinischen Psycholog:innen mit den Krankenversicherungsträgern verrechnet werden können, und im Austausch mit der Sozialversicherung auf die Erhöhung der Kontingentierung der Psychotherapie und klinisch-psychologischen Behandlung bei Kindern und Jugendlichen dem Bedarf entsprechend hinzuwirken.

Weiters wird die Bundesregierung ersucht, die interministerielle Arbeitsgruppe weiterzuführen, um das Projekt „Gesund aus der Krise“ zu monitoren und evaluieren sowie Bewährtes davon langfristig zu implementieren.

Weiters wird die Bundesregierung ersucht, als Soforthilfe die Umsetzung folgender Maßnahmen in Angriff zu nehmen:

- Schaffung eines Schwerpunktbereiches „Mental Health“ in der Eduthek mit gesammelten, aktuellen Informationen und Angeboten für Lehrkräfte, Schüler:innen und Erziehungsberechtigten, sowie Information der Klassenvorstände über diesen Schwerpunktbereich;
- Sammlung und Ausbau der Materialien und Weiterbildungsangebote für Lehrer:innen auch mit digitalen Elementen (ähnlich der Online-Kurse MOOC während der Covid 19 Pandemie), sowie über generelle Hilfsangebote in Bezug auf Mobbing/Cybermobbing/Prävention/Mental Health;
- Bedarfsorientierte Aufstockung der Ressourcen für die „Hotline Schulpsychologie“ und Weiterführung der bedarfsorientierten Förderung für Projekte wie „Rat auf Draht“.

Der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird ersucht, Möglichkeiten für schulbezogene Veranstaltungen (z.B. Projekttag „Mental Health“) aufzuzeigen und diesbezüglich für geeignetes Informationsmaterial zu sorgen, um einen niederschweligen Überblick über Hilfsangebote zu bieten, u.a. unter Einbindung der Arbeiten der vom BMBWF und BMSGPK gemeinsam betriebenen Schulservicestelle GIVE. Im Rahmen der Weiterentwicklung der Pädagog:innenausbildung soll eine stärkere Berücksichtigung von Mental Health mit Fokus auf das Erkennen von Signalen und die Vermittlung von geeigneten Hilfsangeboten erfolgen. Weiters sollen Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer zu diesem Thema sichergestellt werden.

Das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wird ersucht, relevante Maßnahmen, Organisationen und Informationsmaterialien zum Thema „psychische Gesundheit“ für Kinder und Jugendliche online abrufbar zur Verfügung zu stellen und diese Informationen auch mit

relevanten Angeboten anderer Ressorts (z.B. Bildung, Wissenschaft und Forschung, Bundeskanzleramt – Familie bzw. Bundeskanzleramt – Jugend) zu vernetzen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 1. März 2023

betreffend Präventionsauftrag im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, wird aufgefordert, dem Nationalrat einen Überblick aller vorhandenen Präventionsmaßnahmen der Sozialversicherungsträger zukommen zu lassen, die seitens der Träger zur Erfüllung des Präventionsauftrags gemäß des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes gezählt werden.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 1. März 2023

betreffend Fokus: Stärkung von älteren Frauen

Die österreichische Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien und der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz werden ersucht, sich weiterhin für die Stärkung von älteren Frauen und der Berücksichtigung ihrer Lebenssituationen sowie die gemeinsame Betrachtung der Faktoren Alter und Geschlecht in Österreich einzusetzen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 2. März 2023

betreffend gesetzlich verpflichtende Wirkungsfolgenabschätzung von Gesetzesvorhaben auf die von Österreich umzusetzenden nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, dem Nationalrat ehestmöglich eine Gesetzesvorlage zuzuleiten, mit der die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen im Gesetzwerdungsprozess schon vorab, zusätzlich zur bestehenden Wirkungsfolgenabschätzung, als ein integraler Bestandteil der Gesetzesvorlagen an das Parlament bundeshaushaltsgesetzlich verpflichtend wird, und hierüber auch, wie bei der Wirkungsorientierung, ein ausführliches jährliches Berichtswesen an den Nationalrat etabliert wird, mit dem die beabsichtigte Zielerreichung bzw. -umsetzungsgrad überprüft werden kann.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 2. März 2023

betreffend Spending Reviews im Bundhaushaltsgesetz verankern

Die Österreichische Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Finanzen, wird aufgefordert, im Sinne eines transparenten und effizienten Einsatz der budgetären Ressourcen und zur besseren budgetären Steuerung die obligatorische Durchführung von Spending Reviews und die Übermittlung der Ergebnisse an den Budgetausschuss des Nationalrates sowie deren Veröffentlichung im Bundeshaushaltsgesetz zu verankern.

Entschließung

des Nationalrates vom 2. März 2023

betreffend Spending Review Schulgesundheit

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Finanzen, sowie der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, wird aufgefordert, die Spending Review Schulgesundheit unter Absprache der beteiligten Ressorts offiziell zu veröffentlichen.